

Freitag, 25. Mai 1917

Zeitung

gelehrten Sachen

M. 2.70 bei tägl. zweimalig. Zustellung. Durch die Post monatl. M. 2.58
jähr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebots
Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. — Annahme
Lochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages Ullstein & Co

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800,
11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690

abgeschlagen.

Die Politik des Polenklubs.

Von
Dr. Gustav Stolper, Wien.

Wien, 19. Mai.

Es ist zur Stunde noch nicht abzusehen, welche unmittelbaren politischen Folgen der dieser Tage gefasste Beschluß des Polenklubs haben wird, daß er nicht mehr in der Lage sein wird, die Regierung zu unterstützen. Man glaubt, daß dieser Beschluß zunächst die Demission des Ministers für Galizien Dr. Bobrzynski nach sich ziehen muß. Ob das den Fall des Kabinetts Clam-Martinic herbeiführen wird, ist ungewiß. Daß die Polen mit dem Sturz des Kabinetts politisch Wesentliches zu gewinnen hätten, glauben sie selbst nicht, und der Beschluß des Klubs zielt auch kaum auf den Sturz der Regierung hin. Er ist vielmehr der Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem bisherigen Verhalten der Regierung gegen die wirtschaftlichen Wünsche Galiziens. Vor allem aber ist es notwendig, festzustellen, daß die Unzufriedenheit nicht durch das Falllassen der sogenannten Sonderstellung Galiziens geweckt worden ist. Diese Sonderstellung ist von den Deutschen viel mehr betrieben worden als von den Polen, die sie — mit Ausnahme der allpolnischen Gruppe — vor dem Krieg überhaupt nicht in ihrem Programm hatten und sie nach dem kaiserlichen Handschreiben vom 4. November 1918 nur widerwillig in ihr Programm aufnahmen. Die österreichische Polenpolitik ist leider ähnliche Sitzadmege gegangen wie die Politik gegen die Deutschen und Tschechen. Sie ist freilich in ungemeiner Weise erschwert und kompliziert gewesen durch die Wandlungen, die die außerösterreichische Polenfrage im Lauf des Krieges durchgemacht hat. Und so viel muß der österreichischen Regierung als mildernder Umstand zugebilligt werden, daß die Politik der österreichischen Polen selbst immer nicht ganz durchsichtig war. Der Hauptschuldige daran hat dies als Obmann des Polenklubs niedergelegt.

Die Vorgeschichte der jüngsten Beschlüsse des Polenklubs reicht bis in die ersten Kriegswochen zurück. Damals haben die galizischen Polen die Legionen begründet und die Vereinigung des zu befreienden Polen mit Galizien unter habsburgischem Szepter verlangt. Auf dieser Grundlage hat damals bekanntlich auch die offizielle Politik der verbündeten Mittelmächte gestanden. Inzwischen mußte Galizien die russische Invasion über sich ergehen lassen, und noch ürgere Vermüßungen richteten die monatelangen Kämpfe an, die nach dem Durchbruch von Gorlice Galizien zum weitaus größten Teil wieder in der Gewalt der Monarchie brachten. Als sich die Fronten im Osten stabilisierten, blieb das Land in einem fürchtbaren Zustand zurück. Damals hätte die Regierung sofort mit einem großzügigen Wiederaufbauprogramm hervortreten müssen. Graf Stirrglitz hat das wie vieles andere unterlassen. Zwar wurden verschiedene Zentralstellen für den Wiederaufbau gegründet, ihre Tätigkeit ist bis heute im Vergleich zu den gestellten Aufgaben wenig umfassend. Den Polen lag der Vergleich mit den Methoden des Wiederaufbaus Ostpreußens nahe, den der galizische Landesauschuß durch einen von ihm entsandten Vertreter studieren ließ. Die Verschüßnisse der Regierung wurden in ihrer Wirkung verschärft durch gewisse — zum Teil unvermeidliche — Kriegshärten, für die die betroffene Bevölkerung selbst nirgends volles Verständnis aufzubringen vermag. Daß die Militärverwaltung im Kriegs- und Stappengebiet nicht immer alle Empfindlichkeiten schon, das ist wohl in allen Ländern der Fall. Daß sich dabei auch einzelne Mißstände ergeben, ist bei der Verschiedenartigkeit des der Armee zur Verfügung stehenden Verwaltungsmaterials nicht zu verhindern. Dazu kam, daß die ersten Kriegswochen auch politische Mißverständnisse erzeugt hatten — einzelne Fälle von Unverläßlichkeit irreführender polnischer und ruthenischer Bevölkerungssplittler, die den einen oder anderen Befehlshaber zu überflüssigen Repressalien veranlaßten. Für die Polen fand dieses Überwiegen der militärischen Interessen seinen sichtbaren Ausdruck darin, daß in dem früher politisch mit aller Zartheit und Zuverlässigkeit behandelten Land Galizien ein General zum Statthalter ernannt wurde. Kurz, es fehlte nicht an Gründen der Mißstimmung.

Sie wurden verschärft, als die Polen von Baron Burian verständigigt wurden, daß ihre außenpolitischen Wünsche bezüglich der künftigen Stellung Polens von ihm nicht weiter vertreten würden, was eine scharfe Mißtrauensfundgedung gegen Baron Burian zur Folge hatte. Trotzdem gaben die galizischen Polen ihre Hoffnungen